

Hinweise zum Datenschutz in Raumverträglichkeitsprüfungsverfahren

1. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen für die Datenerhebung

Bezirksregierung Köln
vertreten durch den Regierungspräsidenten
Dr. Thomas Wilk
Zeughausstraße 2-8
50667 Köln
Telefon: +49 (0) 221 / 147-0
E-Mail: poststelle@bezreg-koeln.nrw.de
Internet: <https://www.bezreg-koeln.nrw.de>

2. Angaben zum Datenschutzbeauftragten

Kontaktdaten:
Bezirksregierung Köln - Datenschutzbeauftragter –
Zeughausstraße 2-8
50667 Köln
Telefon: +49 (0) 221 / 147-4743
E-Mail: datenschutz@bezreg-koeln.nrw.de

3. Angaben zu der Aufsichtsbehörde

Zuständige Aufsichtsbehörde für den Datenschutz ist:
Die Landesbeauftragte für Datenschutz und
Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen
Kavalleriestr. 2-4
40213 Düsseldorf
Telefon: + 49 (0)211 38424 – 0
Telefax: + 49 (0)211 38424 – 10
Email: poststelle@ldi.nrw.de
Internet: www.ldi.nrw.de

4. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten

Die Bezirksregierung Köln als Regionalplanungsbehörde verarbeitet Ihre personenbezogenen Daten zur sachgerechten Durchführung / Wahrnehmung von Raumverträglichkeitsprüfungsverfahren.

Nach § 15 Abs. 3 S. 1 des Raumordnungsgesetzes (ROG) sind die Öffentlichkeit sowie die in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen bei Raumverträglichkeitsprüfung frühzeitig zu beteiligen. Ihnen ist nach § 15 Abs. 3 S. 6 ROG Gelegenheit zu geben Stellung zu nehmen. Nach Ablauf der Frist zur Stellungnahme werden die rechtzeitig abgegebenen Stellungnahmen von der Regionalplanungsbehörde ausgewertet. Die Stellungnahmen der öffentlichen Stellen und der Personen des Privatrechts nach § 4 ROG können mit diesen – auch unter Beschränkung auf einzelne Aspekte – gemäß § 32 Abs. 2 S. 1 Landesplanungsgesetz NRW (LPIG NRW) erörtert werden. Die zuständige Regionalplanungsbehörde übermittelt dem Vorhabenträger das Ergebnis ihrer Prüfung in Form einer gutachterlichen Stellungnahme, die sie darüber hinaus ohne Begründung im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln bekanntmacht (§ 15 Abs. 1 S. 4 ROG i.V.m. 32 Abs. 3 LPIG NRW).

Zur sachgerechten Durchführung des zuvor beschriebenen Verfahrens verarbeitet die regionale Planungsbehörde die personenbezogenen Daten aller fristgerecht eingegangenen Stellungnahmen und gibt diese an den jeweiligen Vorhabenträger weiter. Die Verarbeitung und Weitergabe der Stellungnahmen dient dem Informationsaustausch und bereitet die abschließende Entscheidung der Regionalplanungsbehörde über die Raumverträglichkeit vor. Hierzu kann auch die Weiterleitung von Stellungnahmen in nicht anonymisierter Form erforderlich sein. Der Vorhabenträger muss sich mit den Stellungnahmen auch unter Beachtung der Angaben zu Personen und persönlichen Situationen (z. B. Wohnort) auseinandersetzen und diese im Rahmen seiner Planung hinreichend berücksichtigen. Zu diesem Zweck bringen die Personen aus der Öffentlichkeit und die in ihren Belangen betroffenen öffentlichen Stellen selbst ihre Stellungnahme in das Verfahren ein. Soweit eine Weitergabe der personenbezogenen Daten nicht erforderlich ist, werden die Stellungnahmen in anonymisierter Form weitergegeben. Vorsorglich wird jedoch darauf

hingewiesen, dass auch bei der Anonymisierung von Stellungnahmen im Gesamtzusammenhang möglicherweise ein Personenbezug herstellbar bleibt.

Rechtsgrundlagen: Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. e in Verbindung mit Art. 6 Abs. 3 S. 1 lit. b der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) in Verbindung mit § 3 Abs. 1 des Datenschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen (DSG NRW) in Verbindung mit den Vorschriften des Raumordnungsgesetzes (ROG), des Landesplanungsgesetzes Nordrhein-Westfalen (LPIG NRW), der Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes (LPIG DVO) und des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes (UVPg).

5. Kategorien der verarbeiteten personenbezogenen Daten

Folgende personenbezogene Daten von Ihnen werden durch das Dezernat 32 (Regionalplanungsbehörde) der Bezirksregierung Köln - sofern angegeben - verarbeitet:

- Stammdaten (z. B. Anrede, Name, Vorname, E-Mail-Adresse, Telefonnummer)
- Adressdaten (z. B. Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)
- Grundbuchdaten (z. B. Grundbuch-Nr., Gemarkung, Flur, Flurstück)
- Sonstige Eigentumsangaben
- Sonstige mit personenbezogenen Daten verknüpfte Äußerungen bzw. Mitteilungen

6. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten (einschließlich des Zwecks der „Übermittlung“, der unter 4. bereits dargestellt ist)

Ihre personenbezogenen Daten werden genutzt bzw. weitergegeben an den/die:

- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Dezernates 32 (Regionalplanungsbehörde) und weiterer Dezernate der Bezirksregierung Köln (sofern geboten und erforderlich),

- im Verfahren zu beteiligende öffentliche Stellen (soweit geboten und erforderlich),
- Vorhabenträger i.S.v. § 15 Abs. 4 S. 1 ROG,
- Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) als Auftragsverarbeiter i. S. v. Art. 28 DSGVO,

7. Absicht Übermittlung an Drittland oder eine internationale Organisation

Es ist nicht beabsichtigt, Ihre personenbezogenen Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation zu übermitteln.

8. Dauer der Speicherung bzw. Kriterien für die Festlegung dieser Dauer

Ihre personenbezogenen Daten werden nur so lange gespeichert, wie es unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungspflichten zur Erfüllung der vorgenannten Aufgaben erforderlich ist, mindestens jedoch für die Dauer der Bereithaltung bzw. Einstellung in das Internet (5 Jahre).

Grundlegende Hinweise zu Aufbewahrungsfristen stellt das Landesarchiv Nordrhein-Westfalen unter folgendem Link zur Verfügung:

<https://www.archive.nrw.de/landesarchiv-nrw/behoerdeninformationen>

9. Rechte der Betroffenen

Bei Erhebung personenbezogener Daten stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- Unter den Voraussetzungen des Art. 7 DSGVO haben Sie ein Recht auf Widerruf der Einwilligung
- Unter den Voraussetzungen des Art. 15 DSGVO haben Sie ein Auskunftsrecht
- Unter den Voraussetzungen des Art. 16 DSGVO haben Sie ein Recht auf Berichtigung der Daten
- Unter den Voraussetzungen des Art. 17 DSGVO haben Sie ein Recht auf Löschung der Daten
- Unter den Voraussetzungen des Art. 18 DSGVO haben Sie ein Recht auf Einschränkung der Verarbeitung der Daten

- Unter den Voraussetzungen des Art. 20 DSGVO haben Sie ein Recht auf Übertragung der Daten
- Unter den Voraussetzungen des Art. 21 DSGVO haben Sie ein Recht auf Widerspruch gegen die Datenverarbeitung

10. Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde

Sie haben das Recht bei der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit Beschwerde einzulegen. Die Kontaktdaten finden Sie unter Punkt 3. dieses Bogens.

11. Widerspruchsrecht bei Wahrnehmung einer öffentlichen Aufgabe

Sie haben das Recht aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten Widerspruch einzulegen. Ich werde Ihre Daten allerdings dennoch verarbeiten, wenn ich zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen kann, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder wenn die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient.